Ergebnisprotokoll

über die 24. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses

(VIII. Wahlperiode)

am 10. Oktober 2014

Tagungsort: Sitzungssaal 8 A/B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,

Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 10:00 Uhr **Ende:** 11:00 Uhr

<u>Teilnehmer:</u> Herr Gerhard Herbert,

Vorsitzender des Haupt- und Planungsausschusses

Herr Arnold Herr Herkströter i.V. Herr Lorenz Herr Schmidt Herr Banzer i.V. Herr Heuser Frau Möricke Herr Schork Herr Berg Herr Kasseckert Herr Old Herr Schwarz Herr Kaufmann i.V. Herr Fey Herr Rock Herr Sommer Herr Flößer-Zilz Herr Kraft i.V. Herr Stüve i.V. Herr Röhrig Herr Gerfelder i.V. Herr Kündiger i.V. Herr Röttger i.V. Frau Weyrauch

Herr Gerhards Herr Kummer Herr Schindler i.V.

Mitglieder des Präsidiums: Herr Gehrke Herr Geiß

<u>Fraktionsgeschäftsführer/in:</u> Frau Suffert Herr Jung

Obere Landesplanungsbehörde: Frau Regierungspräsidentin Lindscheid

Herr Regierungsvizepräsident Richter

Herr Dr. Beck Frau Güss

Herr Krämer Herr Huber-Braun

Frau Buschkühl-Lindermann Herr Hennig
Frau S. Mahler Frau E. Mahler
Herr Ortmüller

Herr Friedrich

Schriftführerin: Frau Scheuermann

Tagesordnung:

- Antrag der ESWE Taunuswind GmbH auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) zugunsten des Windkraftvorhabens "Taunuskamm", Gebiet Hohe Wurzel, im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden - Drs. Nr. VIII / 90.1
- 1. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für den Bereich der Stadt Langen, Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, geplant hier: abschließender Beschluss - Drs. Nr. VIII / 8.7
- 3. Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Ortsumgehung Idstein-Eschenhahn **Drs. Nrn. VIII / 99.0** und **99.1**
- Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP) zugunsten des "Wohngebiets Liebigstraße mit Quartierzentrum" der Stadt Langen Drs. Nr. VIII / 95.1
- Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP) zugunsten des Bauvorhabens "Obermayr International School" in Schwalbach am Taunus Drs. Nr. VIII / 97.1
- 6. Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 zwecks Darstellung und Festsetzung zweier Wohngebietsflächen in der nördlichen Gemarkung der Kernstadt Steinau an der Straße **Drs. Nrn. VIII / 98.0** und **98.1**
- 7. Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss der Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Frankfurt am Main und die Gemeinde Weilrod **Drs. Nr. VIII / 100.0**
- 8. Evaluierung und Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes (REHK) für die Region Südhessen **Drs. Nr. VIII / 67.6**
- 9. Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses, **Herr Gerhard Herbert**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Frau Regierungspräsidentin Lindscheid, Herrn Regierungsvizepräsidenten Richter sowie die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums sowie des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain.

Als Gäste begrüßte er zu TOP 1 Frau Dietrich von der ESWE Taunuswind GmbH, zu TOP 2 Herrn 1. Stadtrat Löbig von der Stadt Langen sowie zu TOP 5 Herrn Dr. Obermayr.

Herr Herbert stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist. Er wies daraufhin, dass zwei Änderungsanträge der CDU-Fraktion -Drs. Nr. VIII / 90.2 zu TOP 1 und Drs. Nr.95.2 zu TOP 4- sowie eine "Übersicht der Sonderbauflächen mit gewerblichem Charakter im Bereich des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain - Stand: August 2014" verteilt wurden.

Er teilte weiterhin mit, dass **Herr Kummer (SPD)** um Ergänzung des Protokolls der HPA-Sitzung vom 11.07.2014 zu TOP 1 - Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP 2010) zugunsten einer Erweiterung des "Gewerbegebietes Nord" und eines Sondergebietes "Großflächiger Einzelhandel; Bau- und Heimwerkermarkt mit Gartenmarkt und Baustoff-Drive-In" der Stadt Hattersheim am Main - **Drs. Nrn. VIII / 64.1 und 64.2**-gebeten habe. Gegen die beantragte Protokolländerung gab es keine Einwendungen. Das HPA-Protokoll vom 11.07.2014 gilt somit als geändert. Die ergänzte Fassung ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Zu TOP 1: Antrag der ESWE Taunuswind GmbH auf Zulassung einer Abweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) zugunsten des Windkraftvorhabens "Taunuskamm", Gebiet Hohe Wurzel, im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden Drs. Nr. VIII / 90.1 und 90.2

Herr Röttger (CDU) verwies auf die im Fachausschuss bereits geführte Diskussion. Er bat weiterhin um Information zu einem Schreiben der Stadt Taunusstein an das Regierungspräsidium.

Frau Buschkühl-Lindermann erklärte, dass dieses Schreiben keine wesentlich neuen Erkenntnisse enthalte. Die vorgetragenen Argumente seien bereits in der Stellungnahme der Stadt Taunusstein sowie in einem Schreiben des Anwaltes der BI "Rettet den Taunuskamm" vorgetragen worden. In der vorgelegten Drucksache auf Seite 13 und 14 seien diese aufgenommen und die Auffassung der oberen Landesbehörde hierzu dargestellt worden.

Herr Rock (FDP) bat um Information, wann die Abweichungszulassung rechtskräftig werde unter der Annahme, dass diese in der RVS-Sitzung am 17.10.2014 beschlossen werde.

Herr Dr. Beck erläuterte, dass der Bescheid im Anschluss an diese Entscheidung gefertigt und zugestellt werde. Auf die Möglichkeit der Einlegung von Rechtsmitteln wies er hin.

Herr Rock (FDP) stellte den Antrag, die Entscheidung in die nächste Runde zu verschieben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Herbert** zuerst über den Antrag der CDU-Fraktion – **Drs. Nr. VIII / 90.2** - abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss lehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP die Drs. VIII / 90.2 mehrheitlich ab.

Als nächstes ließ **Herr Herbert** über den Antrag der FDP-Fraktion, die Beschlussfassung in die nächste Sitzungsrunde zu verschieben, abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss lehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN sowie einer Stimme aus der CDU-Fraktion, gegen die übrigen Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion den Antrag auf Verschiebung ab.

Anschließend ließ **Herr Herbert** über die Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde - **Drs. Nr. VIII / 90.1** - abstimmen.

<u>Beschluss</u>: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN sowie einer Stimme aus der CDU-Fraktion, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, bei Enthaltung der übrigen CDU-Fraktion, der **Drs. VIII / 90.1** mehrheitlich zu.

Zu TOP 2: 1. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für den Bereich der Stadt Langen, Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, geplant hier: abschließender Beschluss - Drs. Nr. VIII / 8.7

Herr Kummer (SPD) bat um Erläuterung des ersten Absatzes auf Seite drei der Vorlage.

Herr Dr. Beck erklärte, dass aufgrund der Entscheidung des Gerichtes, den Sofortvollzug für einen Teilbereich von 7,5 ha zuzulassen, die Firma Sehring auf dieser Teilfläche Kies abbauen dürfe. Nach Auffassung der Juristen von RP und Ministerium stehe diese Fläche von 7,5 ha einer Ausweisung als Wald somit nicht mehr zur Verfügung, sondern es müsse auf diese Situation Rücksicht genommen und diese Fläche als "Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, Bestand" dargestellt werden.

Herr Kummer (SPD) fragte, wie sich die Situation darstelle, wenn das Gericht im Hauptsacheverfahren den Planfeststellungsbeschluss kippen würde.

Herr Dr. Beck entgegnete, dass theoretisch das Gericht in der Hauptsache noch anders entscheiden könne. Deshalb werde in der Vorlage vorgeschlagen, die endgültige Entscheidung des Gerichtes im Hauptsacheverfahren abzuwarten.

Die sich anschließende kontroverse Diskussion endete mit dem Antrag von **Herrn Schindler (SPD),** die Beschlussfassung auf die RVS-Sitzung am 17.10.2014 zu verschieben, da offensichtlich noch nicht alle Rechtsfragen geklärt seien.

Hiergegen gab es keine Einwendungen.

Zu TOP 3: Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Ortsumgehung Idstein-Eschenhahn - **Drs. Nrn. VIII / 99.0** und **99.1**

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) verwies auf die in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dieser Vorlage gemachten Ausführungen und teilte mit, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Herbert über die **Drs. Nr. VIII / 99.1** abstimmen.

<u>Beschluss</u>: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt mit den Stimmen der SPD-, CDU und FDP-Fraktion, bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, der **Drs. Nr. VIII/ 99.1** mehrheitlich zu.

Zu TOP 4: Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP) zugunsten des "Wohngebiets Liebigstraße mit Quartierzentrum" der Stadt Langen - Drs. Nr. VIII / 95.1 und 95.2

Herr Röttger (CDU) erläuterte den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) verwies darauf, dass der Antrag der Stadt Langen gegen keine Vorgabe des Regionalplans verstoße und seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Der Antrag der CDU-Fraktion werde abgelehnt.

Herr Kummer (SPD) führte aus, dass die Attraktivität der Stadt Langen durch das beantragte Vorhaben gestärkt und verbessert werde. Seine Fraktion werde der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde zustimmen und den Antrag der CDU-Fraktion ablehnen.

Herr Rock (FDP) hielt die Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde für gut abgewogen. Seine Fraktion werde sich jedoch enthalten, da die Vorlage noch nicht abschließend in seiner Fraktion beraten wurde. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion werde abgelehnt.

Herr Herbert ließ zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion -Drs. Nr. VIII / 95.2- abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion die Drs. Nr. VIII / 95.2 mehrheitlich ab.

Für die **Drs. Nr. VIII / 95.1** beantragte **Herr Röttger (CDU)** getrennte Abstimmung der Teile a) Wohngebiet Liebigstraße und b) Quartierszentrum.

Herr Herbert ließ zunächst über Teil a) Wohngebiet Liebigstraße der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde -Drs. Nr. VIII / 95.1- abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt dem Teil a) Wohngebiet
Liebigstraße der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde -Drs. Nr. VIII /
95.1- mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE GRÜNEN, bei
Enthaltung der FDP-Fraktion mehrheitlich zu.

Als nächstes ließ Herr Herbert über Teil b) Quartierszentrum der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde -Drs. Nr. VIII / 95.1- abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt dem Teil b) Quartierszentrum der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde -Drs. Nr. VIII / 95.1- mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, bei Enthaltung der FDP-Fraktion mehrheitlich zu.

Zu TOP 5: Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP) zugunsten des Bauvorhabens "Obermayr International School" in Schwalbach am Taunus – Drs. Nr. VIII / 97.1

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) erläuterte, dass dieses Vorhaben bereits in der Vergangenheit und auch in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten ausgiebig diskutiert worden sei. In dieser Sitzung habe es einen Ergänzungsvorschlag gegeben, den seine Fraktion auch heute gerne einbringen würde. Da das Protokoll und somit der genaue Wortlaut ihm nicht vorliege, bat er Frau Lindscheid, diese Ergänzung vorzulesen.

Frau Lindscheid informierte, dass in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten, die **Drs. Nr. VIII / 97.1** um folgende Maßgabe ergänzt und in dieser ergänzten Form beschlossen worden sei.

"Das in Anspruch genommene Vorranggebiet für Forstwirtschaft soll in der Gemarkung Schwalbach durch Ausweisung einer ökologisch bedeutsamen Flächennutzung ausgeglichen werden."

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Herbert über die **Drs. Nr. VIII / 97.1** in der durch die o.a. Maßgabe ergänzten Form abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde -Drs. Nr. VIII / 97.1- in der durch die o.a. Maßgabe ergänzten Form einstimmig zu.

Zu TOP 6: Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 zwecks Darstellung und Festsetzung zweier Wohngebietsflächen in der nördlichen Gemarkung der Kernstadt Steinau an der Straße – Drs. Nrn. VIII / 98.0 und 98.1

Um zu einer sachgerechten Entscheidung gelangen zu können, möchte sich seine Fraktion vor Ort einen Eindruck der tatsächlichen Gegebenheit verschaffen, erklärte **Herr Kummer** (SPD). Er beantragte, heute nicht über die Vorlage abzustimmen und schlug die Durchführung eines Ortstermins vor.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) bat, zu diesem Ortstermin nicht nur den Bürgermeister der Stadt Steinau, sondern auch Vertreter der zuständigen Bauaufsichtsbehörde einzuladen.

Hiergegen gab es keine Einwendungen.

Zu TOP 7: Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss der Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Frankfurt am Main und die Gemeinde Weilrod - **Drs. Nr. VIII / 100.0**

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Herbert über die **Drs. Nr. VIII / 100.0** abstimmen.

<u>Beschluss</u>: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der Vorlage der oberen

Landesplanungsbehörde - Drs. Nr. VIII / 100.0- einstimmig zu.

<u>Zu TOP 8</u>: Evaluierung und Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes (REHK) für die Region Südhessen – **Drs. Nr. VIII / 67.6**

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) legte Wert auf die Feststellung, dass in der kommenden Sitzungsrunde diese Vorlage abschließend entschieden werden und es zu keiner Vertagung kommen solle.

Da es jedoch in den Fraktionen bezüglich des Inhaltes des Pflichtenhefts noch Vorschläge geben könne, schlage er vor, diese Vorstellungen dem RP sowie den Fraktionsgeschäftsstellen bis Mitte November 2014 mitzuteilen, um eine gute Vorbereitung der Entscheidung zu gewährleisten.

Frau Lindscheid begrüßte den Vorschlag, bat aber unter Berücksichtigung von Einladungs- und Versendungsfristen als Abgabedatum den 5. November 2014 zu vereinbaren.

Herr Schindler (SPD) entgegnete, dass eine Einhaltung dieses Termins voraus setze, dass den Fraktionen das Pflichtenheft schnellstmöglich zur Beratung überlassen werde. Aufgrund der Aussagen in der gestrigen Ausschusssitzung, dass dies nicht sicher gestellt werden könne, halte er den 5.11.2014 für nicht haltbar.

Herr Braun teilte mit, dass die Tabelle mit den im Rahmen der Evaluierung erfassten großflächigen Einzelhandelsvorhaben im Format DIN A 0 den Fraktionen heute übergeben werden könnte. Er erläuterte, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nur um die Abstimmung des Pflichtenheftes für die Einschaltung eines Gutachters gehe und die eigentliche Arbeit erst 2015 beginne. Wichtig für ihn sei, dass nun schnellstmöglich ein kompetenter Partner gefunden werde.

Herr Stüve (SPD) teilte mit, dass es im Zusammenhang mit dem Einzelhandelskonzept der Stadt Stuttgart und dem Wettbewerbsgebot ein Verfahren der Europäischen Union gegen die Bundesrepublik Deutschland gebe. Er bat die obere Landesplanungsbehörde den aktuellen Sachstand zu recherchieren, da dieser Sachverhalt Auswirkungen auf das REHK haben könne.

Herr Rock (FDP) erklärte, dass er davon ausgehe, dass seine Fraktion den Zeitplan einhalten und in der Dezembersitzung beschließen könne. Er halte es dennoch grundsätzlich für falsch, bereits heute festzulegen, dass eine Verschiebung der Beschlussfassung nicht möglich sei. Hiermit werde die bisherige Praxis, dass auf Wunsch einer Fraktion eine Beschlussfassung um eine Runde geschoben werde, bereits im Vorfeld formal aufgehoben. Eine verbindliche Festlegung darauf, dass es keine Verschiebung geben werde, werde von seiner Fraktion nicht unterstützt.

Herr Richter erklärte, dass am 21. November von der Geschäftsstelle die Vorlagen den Mitgliedern zur Beratung in den Fraktionssitzungen übersandt werden. Um die Anregungen der Fraktionen in die Vorlage einarbeiten zu können, müssten diese rechtzeitig vorliegen. Sollte hier gemeinschaftlich die Meinung vertreten werden, dass

diese Vorlage auch ca. eine Woche später nachgesendet werden können, dann könne man den 15.11.2014 als Abgabetermin festlegen.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) erläuterte, dass die Zeit bis zum 15. November 2014 für die Beratungen in den Fraktionen gebraucht werde. Es gehe darum, die Fragen an die Gutachter sowie die zu bearbeitenden Punkte zu sammeln. Ziel sei es, rechtzeitig über die Vorstellungen des RP sowie der Fraktionen wechselseitig informiert zu sein, um in der Ausschussrunde im Dezember bis zum Plenum hin die Sache beschließen zu können.

Herr Röttger (CDU) informierte, dass seine Fraktion am 21. und 22. November in Klausur gehe, um dort u.a. das Thema REHK zu beraten. Deshalb wäre es sehr hilfreich, wenn das Pflichtenheft zeitnah zur Verfügung gestellt werden könnte. Einig sei man sich über das Ziel, die Vorlage in der Dezemberrunde zu beschließen.

Das Pflichtenheft wird von der oberen Landesplanungsbehörde überarbeitet und in der 45. KW den Fraktionen zur Beratung überlassen. Die Fraktionen können bis zum 15.11.2014 Anregungen zur Vorlage geben. Die endgültige Vorlage wird dann bis Ende der 48.KW nachgereicht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Herbert über die **Drs. Nr. VIII / 67.6** in der durch den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr geänderten Fassung abstimmen.

(Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zur Drs. Nr. VIII / 67.6: Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen. Dem in Kapitel 3 der Vorlage der Oberen Landesplanungsbehörde beschriebenen Vorgehen wird dahingehend zugestimmt, dass das Pflichtenheft im HPA zur Beschlussfassung vorzulegen ist sowie das Thema e-commerce sowie sämtliche daraus resultierende Auswirkungen stärker in den Fokus genommen werden sollen.)

<u>Beschluss</u>: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde -**Drs. Nr. VIII / 67.6** - in der durch den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr geänderten Fassung einstimmig zu.

Zu TOP 9: Mitteilungen und Anfragen

Frau Lindscheid berichtete wie folgt:

a) Ausbaustrecke/Neubaustrecke Hanau - Würzburg/Fulda

Die DB Netz AG hat die Planungen für die "Ausbaustrecke/Neubaustrecke Hanau - Würzburg/Fulda" wieder aufgenommen. Der Scoping-Termin ist für Anfang Januar 2015 vorgesehen.

- b) Nutzung der Konferenzräume beim Regionalverband FrankfurtRheinMain Dem Regionalverband FrankfurtRheinMain ist es dankenswerter Weise gelungen, der RVS und deren Gremien die Konferenzräume auch während der geplanten Umbauphase weiterhin kostenlos zur Verfügung stellen.
 - c) Bürgerforum Energieland Hessen

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung hat das Programm "Bürgerforum Energieland Hessen" aufgelegt. Mit diesem Programm

sollen gezielt Kommunen unterstützt werden, die insbesondere vom Ausbau der Windkraft im Rahmen der Energiewende betroffen sind. Das Programm wird von der Hessen Agentur umgesetzt, die dabei von ausgewählten Moderations- und Mediationspartnern unterstützt wird (siehe Anlage 2).

Zu der zu Sitzungsbeginn verteilten "Übersicht der Sonderbauflächen mit gewerblichem Charakter im Bereich des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain – Stand: August 2014" erklärte **Herr Ortmüller**, dass die Fraktion DIE GRÜNEN in der HPA-Sitzung im Mai 2014 um diese Aufstellung gebeten hätte.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) bedankte sich für die Überlassung dieser Aufstellung.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, beendete Herr Herbert um 11:00 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender des HPA

Schriftführerin

Gerhard Herbert

Conny Scheuermann

Ergänzung des Ergebnisprotokolls über die 22. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses (VIII. Wahlperiode) am 11. Juli 2014

Zu TOP 1: Abweichung von den regionalplanerischen Festlegungen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP 2010) zugunsten einer Erweiterung des "Gewerbegebietes Nord" und eines Sondergebietes "Großflächiger Einzelhandel: Bau- und Heimwerkermarkt mit Gartenmarkt und Baustoff-Drive-In" der Stadt Hattersheim am Main Drs. Nr. VIII / 64.1 und VIII / 64.2

Herr Kummer (SPD) plädierte dafür, im vorliegenden Fall die finanzielle Situation der Stadt Hattersheim, die unter dem kommunalen Schutzschirm stehe, nicht unbeachtet zu lassen. Zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Stadt Hattersheim als Mittelzentrum und der damit verbundenen besonderen Aufgaben und auch deren dauerhaften Finanzierung, habe die Ansiedlung des Baumarktes eine besondere Bedeutung. Die Regionalplanung könne vor den damit verbundenen Problemen die Augen nicht verschließen. Bezugnehmend auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion erklärte er, dass bei der beantragten Flächenreduzierung auf 7.500 m² eine Realisierung des Projekts nicht möglich sei. Grundsätzlich gelte es abzuwägen, ob dieses Projekt der Region nütze oder schade. Er erkenne nicht, wo dieses Vorhaben der Stadt Hattersheim der Region Schaden zufügen solle.

Stimmen zum Bürgerforum

"Wir wollen keine Entscheidung ohne intensive Bürgerbeteiligung und beziehen deshalb Bürgerinnen und Bürger bereits in die Diskussion zum Flächennutzungsplan mit ein. Es ist trotz der Emotionen in Bad Orb gelungen, wichtige Fachfragen zu klären und eine intensive Diskussion auch mit den Gegnern zu führen."

Helga Uhl, Bürgermeisterin Bad Orb (2. v.r.), bei einer Informationsveranstaltung im Rahmen des Bürgerforums



"Trotz des engen Zeitrahmens wurde ich auf dem Bürgerforum sehr gut informiert. Vor allem die sachliche Diskussion war sehr konstruktiv, auf diese Weise konnten viele Ängste abgebaut und Wogen geglättet werden."

Teilnehmerin eines Bürgerforums in Waldsolms



"Betroffene zu Beteiligten machen – das ist unser Ziel mit dieser frühzeitigen Information. Und zwar auf zwei Ebenen – einerseits, um Fragen und Hinweise zu den aktuellen Planungen zu besprechen, und andererseits, um die finanzielle Bürgerbeteiligung am Windpark auszugestalten."

Volker Steinmetz, Bürgermeister Felsberg (rechts), bei einer Informationsveranstaltung im Rahmen des Bürgerforums

Kontakt

Möchten Sie mehr zum Bürgerforum erfahren? Haben Sie Fragen?

Dann nehmen Sie gerne mit uns Kontakt auf, vorzugsweise über Ihre Bürgermeisterin oder Ihren Bürgermeister.



Dr. Rainer Kaps HA Hessen Agentur GmbH Konradinerallee 9 65189 Wiesbaden

Telefon: +49 611 / 950 17-8471

E-Mail: Rainer.Kaps@hessen-agentur.de

www.energieland.hessen.de



HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH

Impressum

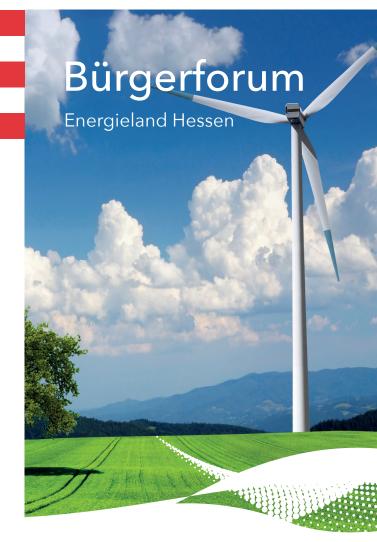
Herausgeber

HA Hessen Agentur GmbH im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Bildnachweis

Titelfoto: © wajan/fotolia.com Bürgerforum Bad Orb: © Fotostudio Grün, Roland Grün Bürgerforum Waldsolms: © Wedding Photographer, Ralf Dombrowski Bürgerforum Felsberg: © Fotografie Heidi Grell Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung







Kommunen beim Dialog zur Gestaltung der Energiewende unterstützen

Tarek Al-Wazi

Liebe Leserinnen und Leser,

der globale Klimawandel stellt Hessen vor große Herausforderungen. Damit eng verbunden ist die Frage einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Diese ist gerade in Zeiten des Wettbewerbs um knapper werdende fossile Ressourcen unerlässlich. Denn Energie ist in unserer Gesellschaft ein Motor für Innovationen, Wohlstand und wirtschaftliche Aktivitäten.

Das Land Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 seine Energie komplett aus erneuerbaren Ressourcen zu gewinnen. Hierzu müssen die Potenziale von Solarenergie, Biomasse, Geothermie, Wasserkraft und Windkraft vor Ort ausgelotet und Maßnahmen für Energieeinsparungen und Energieeffizienz umgesetzt werden. Dieses große Ziel ist nur erreichbar, wenn wir alle den Weg dorthin gemeinsam beschreiten. Ein **frühzeitiger Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern** ist dafür essenziell.

Deshalb unterstützt die Landesregierung Kommunen beim Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern rund um Planungen zu kommunalen Energiekonzepten und zur Nutzung erneuerbarer Energien. Das **Bürgerforum Energieland Hessen stärkt Kommunen** dabei, mit den Bürgerinnen und Bürgern **die Energiewende zu gestalten** und gemeinsam nach konkreten Lösungen zu suchen.

Tarch M-Chan

Ihr Tarek Al-Wazir Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Individuelle Beratung basiert auf Vorklärung und drei Modulen

Das Bürgerforum bietet drei Module für die Unterstützung der Kommunen vor Ort. Vor der Umsetzung eines oder mehrerer Module steht eine **Vorklärung der relevanten Themen und der Gesamtsituation** gemeinsam mit der Kommune und den beteiligten Akteuren. Zu den Modulen zählen:



Dialog vor Ort Regionale Dialogveranstaltungen

- Organisation und neutrale Moderation geeigneter Dialogformate
- Klärung der Frage, wie sich erneuerbare Energien auf Mensch und Umwelt auswirken
- Vorstellung von Planungen zum Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort und von Beteiligungsmodellen



Energie-Coaching Beratung zur Weiterführung des Dialogs in Kommunen

- Qualifizierte Beratung von Kommunen zur Bürgerbeteiligung
- Coaching von Entscheidern oder Teams zur Vorbereitung von Veranstaltungen
- Vorbereitung von nachfolgenden Formaten



Mediation und Konfliktbearbeitung Vermittlung zwischen gegensätzlichen Positionen

- Entwicklung von konfliktklärenden Formaten
- Generieren von Handlungsoptionen und Lösungen
- Bei Bedarf außergerichtliche Mediation

Ein Mehrwert für alle

Wie gestalten wir die Energiewende vor Ort? Und wie organisieren wir den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern? Antworten darauf gibt das Bürgerforum Energieland Hessen.

Das Bürgerforum unterstützt Kommunen in Hessen dabei,

- den Bürgerdialog individuell auf die Kommune und ihre spezifische Situation zuzuschneiden.
- Konflikte zu klären mit neutralen Moderationen oder Mediationen für einen sachlichen und konstruktiven Austausch.
- transparent zu kommunizieren und so die Öffentlichkeit zu informieren – auch durch begleitende Pressearbeit.
- einen fundierten Überblick über die diskutierten Themen zu geben - und dadurch ein strukturiertes Vorgehen im Projektverlauf zu ermöglichen.
- geeignete Expertinnen und Experten zu finden, die ihre Expertise bei Bürgerveranstaltungen einbringen.
- alle Interessierten frühzeitig in Planungsvorhaben einzubinden - und damit Handlungsspielräume für alle Akteure zu sichern.

Das Bürgerforum Energieland Hessen wird im Auftrag des Landes von der Hessen Agentur umgesetzt. Sie wird dabei unterstützt von den Projektpartnern genius, team ewen, IFOK und DIALOG BASIS, die vor Ort beraten, moderieren und zur Konfliktlösung beitragen.